

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Fragen und Antworten der im
Bundestag vertretenen Parteien



Aktionsbündnis gegen AIDS
Leben ist ein Menschenrecht!

Unsere Wahlprüfsteine - Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2021

Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>1. Agenda 2030: Laut UN-Richtwert sollen Länder 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die globale Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung stellen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, diese Quote nachhaltig zu erfüllen und werden Sie dafür eintreten, dass die Gesundheitsfinanzierung ein wesentlicher Bestandteil davon ist?</p>	<p>Wir GRÜNE treten für eine nachhaltige Erreichung des 0,7%-Ziels ein. Mit dem derzeitigen Beitrag von 0,028 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für gesundheitsbezogene Entwicklungszusammenarbeit (EZ) fällt Deutschland im internationalen Vergleich weit zurück. Wir wollen die WHO-Empfehlung umsetzen und 0,1 Prozent des BNE für EZ für Gesundheit umsetzen und damit mehr als verdreifachen. Zudem fordern wir die Einrichtung eines solidarisch finanzierten globalen Forschungsfonds, um die Entwicklung moderner Therapien zu unterstützen und den universellen und bezahlbaren Zugang auch für arme Bevölkerungsgruppen sicherzustellen.</p>	<p>Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die in den vergangenen beiden Jahren 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben haben, wie es weltweit als Ziel vereinbart wurde. CDU und CSU wollen auch in Zukunft 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Damit wollen wir dazu beitragen, die durch die Pandemie ausgelösten Entwicklungsrückschritte in vielen Ländern der Welt rasch wieder umzukehren. Die Pandemie zeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit bei Fragen der Gesundheit und der Gesundheitssicherheit ist. Daher wollen wir sie nachhaltig stärken, finanziell, technisch und politisch.</p>	<p>Ja. DIE LINKE setzt sich seit langem dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Verpflichtungen konsequent erfüllt und jedes Jahr 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die globale Entwicklungsfinanzierung bereitstellt. Dabei muss auch die Empfehlung der WHO berücksichtigt werden, dass ein Anteil von 0,1 Prozent des BNE für die globale Gesundheitszusammenarbeit ausgegeben werden soll, um die Basisgesundheitsversorgung in den Ländern des Südens zu stärken. Es ist uns besonders wichtig, vor allem die Gesundheitssysteme zu stärken und eine Grundversorgung gerade für ökonomisch benachteiligte Schichten und in strukturschwachen Regionen zu ermöglichen. Internationale Entwicklungsfinanzierung muss echte Selbsthilfe</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für die Stärkung der europäischen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit ein. Die Bekämpfung von Hunger, die Förderung von Bildung, der Einsatz für den internationalen Klima-, Arten- und Umweltschutz, die Gesundheitsversorgung sowie sexuelle und reproduktive Rechte können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnerinnen und Partnern erreichen. Durch eine stärkere Kooperation und Koordination mit unseren europäischen und internationalen Partnerinnen und Partnern wollen wir zusätzlich Synergien schaffen und die Wirkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit deutlich steigern. Die Covid-19-Pandemie, die insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Verlusten</p>	<p>Um unserer Verantwortung gegenüber den ärmsten Menschen dieser Erde gerecht zu werden, setzen wir uns weiterhin dafür ein, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) einzuhalten. Davon sollen zudem 0,2 Prozent des BNE für die ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) verwendet werden. Nachdem die SPD in den vergangenen Jahren eine Steigerung der ODA-Mittel im Bundeshaushalt durchsetzen konnte, werden wir die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit weiter konsolidieren und an die globalen Entwicklungen und Bedarfe anpassen. Die COVID-19-Pandemie hat uns eindrücklich gezeigt, dass nur eine starke internationale Solidarität und multilaterale Zusammenarbeit den Menschen weltweit Zugang</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
			ermöglichen und darf nicht zur versteckten Förderung der heimischen Gesundheitsindustrie werden.	geführt hat, erfordert besondere Anstrengungen. Dabei gilt es, sämtliche Entwicklungs- und Wiederaufbaumaßnahmen neben der Förderung von Wachstum und Beschäftigung zwingend auch an die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Widerstandskraft in den Partnerländern zu binden. Hierzu wollen wir auch die multilaterale Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) stärken und bis spätestens 2030 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, vorrangig für multilaterale Initiativen, zur Verfügung stellen.	zu einer guten Gesundheitsversorgung bietet und uns letztlich alle schützt. Daher kommt der nachhaltigen Förderung des Gesundheitswesens in Entwicklungsländern eine besondere Bedeutung bei unserer Entwicklungspolitik zu.
<p>2. Transparenz in öffentlicher Forschung und Medikamentenpreise: Was wird Ihre Partei unternehmen, um Transparenz in der Preisfestsetzung bei Diagnostika, Medikamenten & Impfstoffen herzustellen</p>	Die weitere Förderung der Forschungsinitiative CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations) wollen wir GRÜNE an eine starke Verpflichtung der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteure zur Freigabe des damit gewonnenen geistigen Eigentums zur	Zu 2, 6, 7: Wir werden das Tempo für die Entwicklung neuer, innovativer Medikamente erhöhen, indem wir einheitliche Vorgaben schaffen – etwa beim Datenschutz, bei länderübergreifenden Studien oder der Einführung von Musterverträgen für klinische Prüfungen. Der	DIE LINKE fordert seit langem, dass alle Studien zur Gesundheitstechnologie veröffentlicht werden müssen (Methodik und Ergebnisse). Das betrifft auch abgebrochene Studien. Der Versuch, durch Reglementierung der Industrie faire Preise oder globalen Zugang zu	Wir Freie Demokraten wollen Forschung und Entwicklung steuerlich stärker fördern. Deutschland kann nur dann dauerhaft Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten, wenn die Unternehmen innovative Produkte und	Wir sehen einen Schwerpunkt in der Unterstützung von Produktentwicklungspartnerschaften („Product Development Partnerships“, PDPs). Derartige Formen der Zusammenarbeit helfen bei der Entwicklung neuer Impfstoffe, Arzneimittel und Diagnostika für Krankheiten,



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
<p>und um Forschungsförderung an konkrete Verpflichtungen zu weltweit gerechtem Zugang zu knüpfen?</p>	<p>öffentlichen Nutzung binden. Bei zukünftigen Vertragsgestaltungen mit COVID-19-Impfstoffherstellern und Medikamentenherstellern sollen konkrete Bedingungen für vollständige Transparenz, Technologietransfer über C-TAP und Preise zu Selbstkosten aufgenommen werden. Bei Arzneimitteln, die mit einem erheblichen Anteil öffentlicher Gelder erforscht und entwickelt wurden, wollen wir bei den Impfstoffherstellern auf Lizenzvergabe und Beteiligung an Patentpools hinzuwirken. Wir wollen den Technologietransfer im Rahmen von Produktionspartnerschaften in Länder des Globalen Südens durch eine Kofinanzierung aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen, öffentliche Forschungs- und Entwicklungsförderung zukünftig ausbauen und mit klaren Bedingungen für sozial gerechten Zugang zu verbinden.</p>	<p>Aufbau einer Impfstoffproduktion erfordert allerdings hohe Investitionen in Material und Fachkräfte. Ohne Aussicht auf Patentschutz wären private Unternehmen nicht bereit, dieses Risiko zu tragen. Deshalb treten CDU und CSU dafür ein, dass in Deutschland auch weiterhin der Patentschutz gilt. Hierin sehen wir einen Anreiz, die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen voranzubringen und Produktionskapazitäten sicherzustellen. Das zeigen auch zahlreiche Kooperationen und Lizenzvereinbarungen der Hersteller weltweit und die hohe Steigerung der Produktionsmengen im Lichte der Corona-Pandemie. Damit auch ärmere Staaten ihre Bevölkerung mit Impfstoff versorgen können, unterstützt Deutschland bislang die multilaterale Forschungs- und Finanzierungsplattform (ACT-A) mit 2,2 Milliarden Euro. Die Impfstoffplattform COVAX erhält mit rund einer</p>	<p>ermöglichen, ist unserer Ansicht nach gescheitert. Wir sehen durchaus die Fortschritte bei der Bekämpfung armutsassoziierter Erkrankungen, aber das reicht nicht für einen global gerechten Zugang und auch die reichen Staaten werden von den Phantasiepreisen der Konzerne an ihre Belastungsgrenze gebracht. Wir sehen daher die Gesundheitsforschung als öffentliche Aufgabe an und fordern große nationale und internationale Forschungsfonds, mit denen bedarfsorientiert neue Therapie beforscht werden, bei denen die Eigentumsrechte/Patente in öffentlicher Hand bleiben und die eine hohe Qualität und gute Transparenz der Forschung gewährleisten.</p>	<p>Dienstleistungen entwickeln.</p>	<p>für die nur ein sehr kleiner Markt besteht. Akademische Institute, öffentliche Forschungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen, philanthropische Stiftungen und forschende Pharmaunternehmen arbeiten dabei zusammen. Die Kosten und Risiken werden so auf viele verteilt. So können Produkte neu entwickelt und zu Preisen angeboten werden, die insbesondere für die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern erschwinglich sind. Ein weltweit gerechter Zugang zu neuartigen Forschungsergebnissen in Diagnostik sowie bei Medikamenten und Impfstoffe lässt sich am besten dadurch herstellen, dass die Forschung von Beginn an international aufgestellt ist. Initiativen wie CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovations), die DNDi (Drugs for Neglected Diseases Initiative), oder GARDP (Global Antibiotic Research & Development Partnership) sind an der</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
		<p>Milliarde Euro einen großen Teil des Beitrages. Damit ist Deutschland nach den USA zweitgrößter Geber und trägt maßgeblich zum Erfolg der Initiative bei.</p>			<p>Stelle wegweisend für künftige Forschungskoperationen zur Erreichung des SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen für alle Menschen“.</p>
<p>3. Deutschlands Beitrag für den globalen Fonds (GFATM): Welche Beitragserhöhung sieht Ihre Partei für die Wiederauffüllungskonferenz 2022 vor? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die zusätzlichen 150 Millionen Euro für den GFATM COVID-19-Ressource-Mechanismus auch in den kommenden Jahren gegeben werden?</p>	<p>Millionen von Menschen leiden unter AIDS, Malaria und Tuberkulose. Bei Problemen dieser Größenordnung darf die Bundesregierung nicht sparen, da sonst der Kampf gegen die drei großen Infektionskrankheiten nicht gewonnen werden kann. Wir GRÜNE fordern eine verlässliche Grundfinanzierung in Höhe von 900 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre. Trotz neuer Rekordüberschüsse im aktuellen Haushalt, bleibt die Bundesregierung weit hinter den Forderungen der Zivilgesellschaft zurück. Inflationsbereinigt und unter Berücksichtigung der Wechselkurse ist die Kaufkraft des GFATM sogar rund ein Drittel kleiner als noch vor 13 Jahren.</p>	<p>Seit der Gründung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) im Jahr 2002 hat Deutschland mehr als 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. CDU und CSU setzen sich für die weitere Stärkung nationaler Gesundheitssysteme, die Einbindung von Zivilgesellschaft und Betroffenengruppen sowie die Förderung der Menschenrechte ein. Dafür muss Deutschland auch weiterhin ein wichtiger staatlicher Geber des Fonds sein.</p>	<p>DIE LINKE fordert, die Zahlungen an den Global Fund deutlich auf 400 Millionen Euro jährlich zu erhöhen. Die AIDS-Epidemie ist eine der großen Katastrophen unserer Zeit und markiert auch ein Versagen reicher Staaten. Wie bei den Bemühungen um die Patentfreigabe bei den COVID-Impfstoffen, lag und liegt die Priorität darauf, die Interessen großer Konzerne abzusichern und nicht darauf, Menschen im globalen Süden zu schützen. Der Global Fund ist ein guter und wichtiger Schritt, aber noch kein Paradigmenwechsel. Was bei der COVID-Pandemie hektische Aktivität hervorrief, stößt bei den „großen Drei“ (AIDS, Tuberkulose und Malaria) teilweise auf stumpfe</p>	<p>Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) angemessen finanziert wird.</p> <p>Mit dem Antrag "Aktionsplan globale Gesundheit – Ziele entschlossen erreichen" (BT-Drs. 19/28765) hat sich auch die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag dafür eingesetzt, die Rolle Deutschlands in der globalen Gesundheitspolitik zu stärken.</p>	<p>Der Globale Fonds spielt eine zentrale Rolle im Kampf gegen Aids, Tuberkulose und Malaria und trägt seit 2002 erfolgreich dazu bei, diese Krankheiten zurückzudrängen. Gerade deshalb müssen wir als wohlhabendes Industrieland unser Engagement fortführen. Wir werden die bisherigen inhaltlichen Schwerpunkte des deutschen Engagements – neben der Stärkung nationaler Gesundheitssysteme vor allem die Einbindung von Zivilgesellschaft und Betroffenengruppen sowie die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit – weiterführen. Wir werden uns dementsprechend offen und konstruktiv bei der nächsten Wiederauffüllungskonferenz beteiligen.</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
			<p>Gewöhnung. Das Ende der AIDS-Epidemie zu erreichen ist möglich, wird aber nur gelingen, wenn ein grundsätzliches Umdenken stattfindet und zum Beispiel von der Weltgemeinschaft (WTO) ein anderer Umgang mit geistigen Eigentumsrechten eingeführt wird.</p>		<p>Wir begrüßen, dass die Teilnahmeländer im vergangenen Jahr den COVID-19-Ressource-Mechanismus eingesetzt haben, um die lokalen Gesundheitssysteme zu stärken und die Programme im Kampf gegen Aids, Tuberkulose und Malaria vor den vielfältigen Auswirkungen der Pandemie zu schützen. Es steht für uns daher außer Frage, dass dieser Mechanismus auch bis zum Ende der Pandemie fortgesetzt werden muss.</p>
<p>4. Förderung für UNAIDS: Deutschland unterstützt UNAIDS (über das BMG) bei einem jährlichen Gesamtbudget von 242 Mio. USD bis 2021 mit einem freiwilligen jährlichen Grundbeitrag von lediglich 5 Mio €. Welche Zahlungen wären aus der Sicht Ihrer Partei für diese Aufgabe ab 2022 dauerhaft angemessen?</p>	<p>Die internationale Kooperation ist angesichts der globalen Herausforderungen ein entscheidendes Element für eine nachhaltige Entwicklung. Wir GRÜNE bekennen uns deshalb zum Multilateralismus. Denn ohne eine Stärkung der Vereinten Nationen und anderer staatenübergreifenden Organisationen sind die weltweiten Aufgaben und die sozial-ökologische Modernisierung nicht zu bewältigen. Ganz konkret</p>	<p>Deutschland hat in der Vergangenheit zusätzlich zu seinem freiwilligen jährlichen Grundbeitrag weitere Zahlungen an UNAIDS getätigt. So wurden im Jahr 2020 20 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, um die Folgen der Corona-Pandemie im Kampf gegen HIV/AIDS abzufedern. CDU und CSU werden sich dafür einsetzen, dass UNAIDS auch weiterhin Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit erhält.</p>	<p>Das angestrebte Ziel, bis zum Jahr 2030 das Ende von AIDS zu erreichen, ist nur mit erheblich größeren Anstrengungen als bisher noch realistisch. Wir fordern daher, die Zahlungen an UNAIDS auf mindestens 500 Millionen Euro aufzustocken.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen UNAIDS weiterhin mit einem angemessenen deutschen Beitrag unterstützen.</p>	<p>Siehe Frage zu Globaler Gesundheitsarchitektur</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
	<p>setzen wir uns für substantielle Erhöhungen bei multilateralen Organisationen wie WHO oder UNAIDS ein.</p>				
<p>5. Globale Gesundheitsarchitektur: Welchen Stellenwert haben für ihre Partei HIV/Aids in der globalen Gesundheitspolitik und die Förderungen von multilateralen Organisationen, wie WHO, UNAIDS u. dem GFATM? Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass die WHO ihr Mandat besser unabhängig erfüllen kann?</p>	<p>Die Vereinten Nationen haben sich 2015 mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) zum Ziel gesetzt, bis 2030 die AIDS-Epidemie zu beenden. Wir GRÜNE unterstützen dies ausdrücklich. Es ist großes Engagement nötig, um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen. Die COVID-19-Pandemie legt schonungslos offen, welche Fehler in der Vergangenheit in der globalen Gesundheit gemacht wurden und wie verwundbar und gleichzeitig vernetzt die globale Gemeinschaft ist. Die Pandemie zeigt, dass die internationale Zusammenarbeit unabdingbar ist und die Bekämpfung nur global stattfinden kann. Die nationalen Alleingänge mit Grenzschließungen und Exportverboten von Schutzartikeln haben der</p>	<p>Die Pandemie zeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit bei Fragen der Gesundheit und der Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) leistet einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Bekämpfung der Pandemie. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die WHO ihr zentrales Mandat in der globalen Gesundheit aufgrund mangelnder Ressourcen aktuell nur unzureichend erfüllen kann. Deutschland ist im Verlauf der Corona-Krise zum größten staatlichen Geldgeber der WHO avanciert und tritt vernehmbar für eine schlagkräftige WHO ein, zu der auch alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag leisten. Verschiedene Reformprozesse sind bereits angestoßen. Deutschland wird die Initiative zu einem internationalen Pandemievertrag zur</p>	<p>Die WHO ist für uns die zentrale Koordinierungs- und Gestaltungsinstanz in der globalen Gesundheitspolitik. Sie wurde über unterschiedliche Wege systematisch geschwächt; hat aber auch selbst Fehler gemacht. DIE LINKE fordert, die WHO wieder als eigenständige Institution zu stärken, etwa indem die Pflichtbeiträge erhöht und die nicht zweckgebundenen Gelder erheblich gegenüber den zweckgebundenen Mitteln zu erhöhen. Der Einfluss privater Geldgeber, insbesondere auf die Ausrichtung der WHO als demokratisch verfasstem Gremium, muss minimiert werden. Die WHO sollte in ihrem Prozess für mehr Transparenz und Unabhängigkeit auch gegenüber der Industrie unterstützt und kritisch begleitet werden. Insgesamt setzt DIE LINKE auf</p>	<p>Wir Freie Demokraten treten für eine stärkere multilaterale Zusammenarbeit und Koordination in der globalen Gesundheitspolitik ein. Denn das ist wegen drängender Gesundheitsprobleme wie Infektionskrankheiten wie HIV/AIDS, Antibiotikaresistenzen sowie Todesfällen und Erkrankungen aufgrund von globaler Erwärmung, Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzungen unerlässlich. In unserer vernetzten Welt kann Gesundheit und Wohlergehen nicht mehr allein auf nationaler Ebene gesichert werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) nimmt hierfür eine zentrale Rolle ein. Sie stellt eine unverzichtbare fachliche Kompetenz für die internationale Gemeinschaft zur Verfügung und muss in ihrer Ausstattung und ihrem</p>	<p>Nur eine starke internationale Solidarität und multilaterale Zusammenarbeit ermöglichen den Menschen weltweit Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung und schützt letztlich uns alle auch hier in Deutschland. Es bedarf hierzu einer verstärkten global koordinierten Gesundheitsstrategie im Rahmen internationaler Organisationsstrukturen. Allen voran die Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als einzige international legitimierte und normgebende Autorität in der Gesundheitspolitik muss daher institutionell gestärkt und ausreichend finanziert werden. Mittelfristig muss ein gut finanziertes, globales Rahmenwerk für öffentliche Gesundheit etabliert werden, welches alle Bereiche umfasst – von der</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
	<p>globalen Eindämmung geschadet. Für eine koordinierte Zusammenarbeit braucht es starke Vereinte Nationen, allen voran eine schlagkräftige WHO. Wir wollen die Ausstattung der WHO unterstützen und besonders die zweckungebundenen Beiträge Deutschlands um 200 Millionen Euro erhöhen. Obwohl internationale Partnerschaften, wie der Globale Fonds zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), sehr gute Erfolge vorweisen können, vernachlässigen solche vertikalen Fonds die nachhaltige Stärkung von Gesundheitssystemen insgesamt. Das sehen wir kritisch.</p>	<p>Stärkung der globalen Gesundheitssicherheit weiter aktiv unterstützen. CDU und CSU werden die wissenschaftliche Erforschung jener Krankheiten gezielt unterstützen, die gegenwärtig als unheilbar gelten (beispielsweise Demenz-Erkrankungen oder HIV/AIDS).</p>	<p>Multilateralismus und demokratische Entscheidungsstrukturen in der globalen Gesundheitspolitik. Internationale Solidarität bedeutet auch, die Mehrheit der benachteiligten Staaten in der Weltgemeinschaft anzuerkennen und ihnen die angemessene Gestaltungskraft zuzugestehen.</p>	<p>Mandat als koordinierende Organisation der globalen Gesundheit gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der aktuell zu bewältigenden Pandemie und zukünftiger gesundheitlicher Herausforderungen kommt der Rolle der EU und Deutschlands in der globalen Gesundheitspolitik große Bedeutung zu. Die EU-Strategie zur globalen Gesundheit muss aktualisiert und mit der außenpolitischen Strategie verknüpft werden. Um Schwächen der Koordinierung und Kohärenz in der globalen Gesundheitspolitik Deutschlands zu reduzieren und entschlossen die Globale Gesundheitsagenda national und international zu bespielen, setzen wir uns für eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle ein. Außerdem wollen wir einen Aktionsplan „Globale Gesundheit“, um Ziele und Prioritäten umzusetzen. Nur so kann Deutschland mehr Verantwortung in der globalen Gesundheitspolitik</p>	<p>Forschung, über Frühwarnsysteme und Best-Practice-Datenbanken, bis hin zu Politikempfehlungen, Implementierung und Evaluierung – und allen WHO-Mitgliedsländern offensteht. Wir fordern zudem einen Platz der WHO bei den G20 und setzen uns für die finanzielle und substanzielle Förderung der globalen Corona-Impfkampagne der WHO ein.</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
				<p>übernehmen. Der Schwerpunkt des deutschen Engagements muss auf der Stärkung von Gesundheitssystemen liegen, sodass Menschen überall auf der Welt, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, gleichberechtigten Zugang zu bedarfsgerechten Gesundheitsdienstleistungen haben. Hierfür halten wir es für erforderlich, dass alle Akteure – also staatliche, zivilgesellschaftliche, akademische und privatwirtschaftliche – konstruktiv zusammenarbeiten und nachhaltige Lösungen entwickeln. Wir wollen einen Wandel in der globalen Gesundheitspolitik hin zu mehr Gesundheitsförderung. Hierfür wollen wir digitale Systeme nutzen, um die Transformation von einer reaktiven Therapie zu einer proaktiven Prävention von Krankheiten zu unterstützen. Digitale Technologien können die weltweite Gesundheitsversorgung verbessern, das Tempo zur</p>	



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
				Erreichung von „Universal Health Coverage“ beschleunigen und die Zukunft von „Primary Health Care“ gestalten.	
<p>6. COVID-19 Technology Access Pool: COVID-19 hat zu einem globalen Gesundheitsnotstand geführt. Die WHO hat als Reaktion den C-TAP ins Leben gerufen. Die Pharma-Industrie hat diese Initiative bislang vollends ignoriert. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um C-TAP noch zum Erfolg zu führen?</p>	<p>Neue Instrumente wie COVAX, der ACT-Accelerator und der Covid-19-Technology-Access-Pool (C-TAP) der WHO brauchen eine deutliche Aufwertung. C-TAP ist deswegen ein interessanter und begrüßenswerter Ansatz, weil er auf die freiwillige Kooperation von Unternehmen setzt. Im Gegensatz zur amtierenden Bundesregierung wollen wir GRÜNE C-TAP unterstützen und auf diese Weise zu einem Erfolg beitragen. Bei zukünftigen Vertragsgestaltungen mit COVID-19-Impfstoffherstellern und Medikamentenherstellern sollten stärkere Transparenz und Möglichkeiten zum Technologietransfer vereinbart werden.</p>	<p>Siehe Antwort Frage 2</p>	<p>C-TAP und andere Patentpools sind eine starke Antwort auf globale Gesundheitskrisen. Sie tun das einzig richtige: Das globale Wissen über eine Erkrankung zusammenführen und für alle nutzbar zu machen. Es geht aber nicht nur um Patente und andere Eigentumsrechte, sondern auch um Wissens- und Technologietransfer. Hier bestehen im internationalen Recht noch erhebliche Lücken. Die Corona-Pandemie ist noch lange nicht vorbei, nicht in Europa und erst recht nicht weltweit. DIE LINKE wird alle Möglichkeiten nutzen, um auf die weiter bestehende Dringlichkeit eines globalen Zugangs zu Arzneimitteln inkl. Impfstoffen und Knowhow zu pochen. Hier agieren Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen</p>	<p>Die Covid-19-Pandemie hat die Schwächen unserer internationalen Instrumente und Regelwerke zur Vorbeugung, Überwachung und Bekämpfung von Gesundheitsgefahren zum Vorschein gebracht. Wir unterstützen einen internationalen Pandemievertrag, der Lücken in der Pandemievorsorge sowie -reaktion füllt und einen intersektoralen Ansatz im Sinne von „One Health“ verfolgt. Zudem setzen wir uns für eine Weiterentwicklung und Verbesserung von Frühwarnsystemen ein. Um besser auf zukünftige Gesundheitsbedrohungen vorbereitet zu sein und dringend benötigte Arzneimittelinnovationen gegen neue Erreger mit Pandemiepotential zu entwickeln, ist es wichtig,</p>	<p>Im Mai 2020 haben die WHO und weitere Partner den COVID-19 Technology Access Pool (C-TAP) geschaffen, um den Zugang zu COVID-19-Gesundheitsprodukten durch eine gezielte Ausweitung des Angebots zu ermöglichen. Durch die Bereitschaft geistiges Eigentum freiwillig zu teilen und Dritten zur Verfügung zu stellen, sollen Produktionskapazitäten gezielt ausgebaut werden können. Wir beobachten die Entwicklung bei den Herstellern sehr aufmerksam und haben mehrfach unseren Appell an sie gerichtet. Die Pandemie ist nicht vorbei, sondern stellt uns anhaltend vor enorme Herausforderungen, insbesondere im internationalen Kontext. Das Thema des C-TAP gehört</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
			<p>sehr doppelzünftig: Während einerseits der globale Zugang zu Impfstoffen als „öffentliches Gut“ angesehen wird, haben sie die Freigabe von Patenten immer rundweg abgelehnt (Siehe Ausführungen zum TRIPS-Waiver in Frage 6).</p>	<p>internationale Forschungsinitiativen auszubauen.</p>	<p>daher aus sozialdemokratischer Sicht zwingend auf die Tagesordnung einer neuen Bundesregierung unter SPD-Führung.</p>
<p>7. Rechte geistigen Eigentums: Gemeinsam mit der WHO fordern über 100 nationale Regierungen die EC und die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Blockadehaltung gegenüber der „TRIPS-Waiver“-Initiative in der WTO zu beenden. Welche Haltung hat Ihre Partei gegenüber der deutschen Blockadehaltung?</p>	<p>Wir GRÜNE haben die ablehnende Haltung Deutschlands kritisiert. Wir wollen, dass international alle Maßnahmen ergriffen werden, die einen schnellstmöglichen Zugang insbesondere zu bezahlbaren Generika ermöglichen. Dies soll insbesondere, wenn auch nicht ausschließlich, durch die vollumfängliche Anwendung der im Welthandelsrecht (WTO, TRIPS-Abkommen) festgeschriebenen sogenannten TRIPS-Flexibilitäten zum Schutz und der Förderung der öffentlichen Gesundheit erreicht werden. In Freihandelsabkommen der EU dürfen keine so genannten TRIPS-</p>	<p>Siehe Antwort Frage 2</p>	<p>DIE LINKE hat schon vor der Zulassung der COVID-Impfstoffe die Freigabe der Patente gefordert. Dafür hätte die Weltgemeinschaft auf Ebene der Welthandelsorganisation diese Rechte aufkaufen oder gegebenenfalls bei angemessener Entschädigung auch gegen den Willen der Inhaber an sich bringen müssen. Nur so wäre es möglich gewesen, die Preise fair zu kalkulieren und den Zugang in allen Teilen der Welt durch den Aufbau weiterer Produktionsstätten zu sichern. DIE LINKE hat scharf kritisiert, dass die Bundesregierung nicht einmal in dieser globalen Krisensituation bereit ist, vom Dogma der</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern mehr Anstrengungen für Innovationen bei Arzneimitteln, Medizintechnik und Digitalisierung, denn das benötigen wir für ein gutes Leben und für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Sie müssen ein Schwerpunkt in der Forschungsförderung sein, mit unbürokratischer Vergabe von Fördergeldern, gerade an Start-ups. Besonders die Biomedizin birgt ein großes Potential – zum Beispiel mit Gentherapien oder regenerativer Medizin. Daher setzen wir uns in diesen Schlüsseltechnologien für offenere und innovationsfördernde</p>	<p>Impfstoffe sind das wichtigste Mittel zur Eindämmung der Covid-Pandemie. Eine zeitweise Aufhebung der Patentrechte kann dafür sorgen, dass die Produktion dieser lebenswichtigen Güter auf den globalen Süden ausgeweitet werden kann. Aktuell limitieren die begrenzten Herstellerkapazitäten eine weltweite Versorgung mit Covid-19-Impfstoffen, Arzneimitteln und Diagnostika. Unser Ziel muss es sein, weltweit große Teile der Bevölkerung gegen das Virus zu immunisieren, um Mutationen des Virus vorzubeugen, denn die Pandemie bleibt eine globale Herausforderung. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich, dass</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
	<p>Bestimmungen, wie beispielsweise verlängerte Patentlaufzeiten oder Datenexklusivität, festgeschrieben werden. Medikamente und Impfstoffe müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss entsprechend flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht versperren.</p>		<p>kommerziellen Arzneimittelpatente Abstand zu nehmen und den TRIPS-Waiver zu unterstützen – und das in einer Zeit, in der sich die reichen Staaten fast den gesamten verfügbaren Impfstoff selbst gesichert haben. So bleibt der globale Süden auf die Gutmütigkeit der reichen Staaten und der Konzerne angewiesen und wird weiter in Abhängigkeit gehalten. Das ist das Gegenteil von internationaler Solidarität.</p>	<p>Rahmenbedingungen ein. Die innovative Vernetzung von Start-ups mit dem Gesundheitswesen über alle Phasen der klinischen Entwicklung hinweg, die Förderung von Kooperationen zwischen Krankenkassen, Wissenschaft und Industrie sowie der Ausbau von Hightech-Gesundheitsmedizin am Standort Deutschland sind Treiber einer optimalen Patientenversorgung. Damit private Investitionen mobilisiert werden, muss geistiges Eigentum im Patentrecht strikt geschützt bleiben, auch bei Arzneimitteln für seltene Erkrankungen.</p>	<p>die USA und Europa ihren Widerstand gegen den Antrag Indiens und Südafrikas, den sogenannten TRIPS-Waiver, aufgegeben haben oder sich zumindest gesprächsbereit zeigen. Der Antrag fordert, die Patentrechte für die Zeit der Pandemie aufzuheben. Eine befristete Lockerung des Patentrechts bietet die Chance, die Produktionskapazitäten weltweit schnell auszubauen.</p>
<p>8. Internationaler Gesundheitsnotstand und COVID-19 Schutzmaßnahmen: Wie definiert ihre Partei den Begriff internationaler Gesundheitsnotstand? Gehört für sie die COVID-19-Pandemie dazu? Was plant Ihre Partei um künftig besser</p>	<p>Ein internationaler Gesundheitsnotstand ist aus unserer Sicht, wenn sich eine Krankheit über Landesgrenzen hinweg auszubreiten droht und so zum Gesundheitsrisiko für andere Länder wird, die Situation als „ernst, ungewöhnlich oder unerwartet“ eingestuft wird</p>	<p>Um die Bekämpfung einer Pandemie über Staatsgrenzen hinweg unterstützen und koordinieren zu können, ruft die Weltgesundheitsorganisation einen internationalen Gesundheitsnotstand aus. Auf nationaler Ebene tritt dieser Fall ein, wenn</p>	<p>Der Schlüssel für die globale Versorgung bleibt die Möglichkeit für die Staaten, sich eigenständig mit Impfstoffen zu versorgen. Große Spenden- und Verteilaktionen von Impfstoffen oder Geld helfen, aber sie verändern nichts an der Ohnmacht, in der die Länder des globalen</p>	<p>Wird gemeinsam mit Frage 6 beantwortet.</p>	<p>Wir definieren selbstverständlich einen internationalen Gesundheitsnotstand gemäß den Statuten der WHO - Artikel 12 der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) - für ein Public health emergency of international concern (PHEIC), wie im</p>



Wahlprüfstein	Bündnis 90/Die Grünen	CDU, CSU	DIE LINKE	FDP	SPD
vorbereitet zu sein, so dass es zu keinen weiteren Lieferengpässen kommt?	und ein sofortiges international koordiniertes Handeln erfordert. Die WHO hat diesen Notstand für die Covid-19-Pandemie ausgerufen. Eine der wichtigen Lehren aus der Pandemie ist die bessere Vorsorge - auch bei der Versorgung mit lebenswichtigen Arzneimitteln und Medizinprodukten. Die Produktion von Arzneimittelwirkstoffen und Medizinprodukten soll - in europäischer Kooperation - vorangetrieben werden. Auf europäischer Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung. Daher setzen wir GRÜNE uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer europäischen Behörde, die künftig staatliche und privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll.	Krankenhäuser die Zahl der intensivpflichtigen Patientinnen und Patienten nicht mehr bewältigen können oder die Verfügbarkeit von Medikamenten kritisch wird. Um zukünftig besser vorbereitet zu sein, werden CDU und CSU sich dafür einsetzen, das Robert-Koch-Institut (RKI) zu stärken und zum deutschen Public-Health-Institut auszubauen. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit muss es in Zukunft noch viel stärker bei der Bekämpfung von epidemischen Gesundheitsgefahren tätig sein und sich noch stärker mit den Gesundheitsbehörden der Länder und Kommunen, aber auch international vernetzen. Dafür braucht es die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen. Für besonders versorgungskritische Wirkstoffe werden wir Maßnahmen wie eine staatliche Lagerhaltung oder Notfallkapazitäten schaffen, um eine Produktion auf Abruf zu ermöglichen.	Südens gehalten werden. Die Corona-Pandemie ist für DIE LINKE selbstverständlich ein globaler Gesundheitsnotstand – über 4 bestätigte Millionen Tote sprechen eine klare Sprache. Wie oben ausgeführt, führt der Weg in eine bessere Vorbereitung auf die nächste Pandemie über die systematische Stärkung der Basisgesundheitsysteme, die Förderung von solidarisch finanzierten Gesundheitssystemen, die Freigabe von Patenten und technologischem Knowhow und in einer deutlichen Stärkung der Weltgesundheitsorganisation. Die WHO muss sich in die Lage versetzen, Konzerne, die mit ihrer Unternehmenspolitik und -logik massiven Schaden der Weltgesundheit in Kauf nehmen, notfalls dazu zu zwingen, Rechte und das Wissen um neue Technologien zu teilen.		Zuge der Covid-19-Pandemie geschehen.



Aktionsbündnis gegen AIDS

Leben ist ein Menschenrecht!
www.aids-kampagne.de

© Aktionsbündnis gegen AIDS, Rungestr 19, 10179 Berlin

Wir freuen uns, wenn diese Wahlprüfsteine Verwendung finden und weiterverbreitet werden.
Bei Frage dazu wenden sie sich bitte an info@aidskampagne.de